

# Stabilität und Stagnation

## Die Schweiz im Jubiläumsjahr 1991

*Mit zahlreichen Veranstaltungen in allen Landesteilen feiert die Schweiz in diesem Jahr das siebenhundertjährige Jubiläum des Beginns der Eidgenossenschaft. Das Jubiläumsjahr fällt in eine für die Schweiz schwierige Übergangsphase: Vielfach ist Unbehagen gegenüber dem politischen System mit seinen Stagnationserscheinungen zu spüren; gleichzeitig steht das in vieler Hinsicht einmalige Land vor der Frage, welche Rolle es künftig im vereinten Europa spielen kann und will. Religiös-kirchlich hat auf die Schweiz der allgemeine Trend zur Individualisierung und Pluralisierung voll durchgeschlagen; die traditionellen konfessionellen Kulturen haben sich weitgehend aufgelöst.*

Die 700-Jahr-Feier der Schweizerischen Eidgenossenschaft wie der 1. August als ihr Nationalfeiertag sind nicht der Geschichte, sondern dem *Geschichtsbedürfnis* des 19. Jahrhunderts zu verdanken: am 1. August 1891 wurde auf Weisung des Bundesrates (der Landesregierung) erstmals mit Höhenfeuern und Glockengeläut in allen Gemeinden die Bundesgründung von 1291 gefeiert. Zum einen hatte das 19. Jahrhundert der Schweiz einen erheblichen Zuwachs an Staatsgebiet gebracht. Bonaparte hatte mit der Mediationsakte von 1803 verfügt, daß die neuen Kantone, zumeist ehemalige Untertanengebiete, vollberechtigte Mitglieder der Eidgenossenschaft wurden: Waadt, Thurgau, Aargau, St. Gallen, Tessin und Graubünden; die Kongresse von Wien und Paris hatten 1815 das Gebiet der Eidgenossenschaft um die Kantone Wallis, Genf und Neuenburg noch zusätzlich erweitert. Damit erst war die Eidgenossenschaft viersprachig und vierkulturell geworden, mußte eine kulturelle Vielfalt ihre nationale Identität finden. Zum andern wurde nach dem Sonderbundkrieg von 1847, der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen den zentralistischen reformierten und den föderalistischen katholischen Kantonen, mit der Annahme der Bundesverfassung von 1848 – mit demokratisch gewählten Behörden (Ständerat und Nationalrat), Zentralregierung (Bundesrat), Diplomatie und Armee – aus dem Staatenbund ein Bundesstaat, was den Bedarf an Nationalbewußtsein zusätzlich verstärkte.

## Lateinische versus alemannische Kultur?

Trotzdem macht es auch historisch betrachtet Sinn, die Schweizerische Eidgenossenschaft im 13. Jahrhundert ihren Anfang nehmen zu lassen. Denn Anfang August 1291 wurde von den drei „Waldstätten“, den Landschaften um den Vierwaldstättersee, ein Bund geschlossen und ein Bundesbrief ausgefertigt. Damit erneuerten die Leute in Uri, Schwyz und Unterwalden indes nur ein früheres Bündnis und regelten wie viele damalige Landfriedensbündnisse die Selbstverwaltung angesichts „der Arglist

der Zeit“ und unmittelbar gegen die habsburgische Bedrohung.

Das 700-Jahr-Gedenken dieses Bundes angesichts „der Arglist der Zeit“ legt von selbst die Frage nach den gegenwärtigen Unsicherheiten nahe, gegen die die Schweizerinnen und Schweizer heute von ihrem Staat einen schützenden Beitrag erwarten. Eine im Juni 1991 veröffentlichte Univox-Umfrage zum Thema Staat 1990 zeigt, daß das zentrale Anliegen der Schweizer Bevölkerung der *Umweltschutz* ist – eine von fünf Personen nannte ihn als die vordringlichste Aufgabe des Staates –, gefolgt vom Problem der rechtlichen Normen und dem Ausländerproblem. Ob dem im Bereich der Umwelt- und Raumpolitik tatsächlich vorhandenen Handlungsbedarf indes auch eine Bereitschaft der politischen Entscheidungsträger entspricht, ist eine andere Frage. Denn hierbei spielen nicht nur die wirtschaftlichen Interessen, sondern auch die Mentalitäten und Sensibilitäten in der Bevölkerung, die in der schweizerischen Demokratie das letzte Wort haben kann, eine erhebliche Rolle. Beim Abstimmungsverhalten bei umweltpolitisch relevanten wie auch bei anderen Vorlagen zeigen sich namentlich zwischen den Sprach- und Kulturregionen Unterschiede, die unterschiedliche Wertvorstellungen zum Ausdruck bringen.

So weist nun auch die im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms „Kulturelle Vielfalt und nationale Identität“ durchgeführte Teilstudie über das Kulturverhalten der Bevölkerung in mehreren Bereichen auf Spuren eines Kontrastes zwischen den lateinischsprachigen Kulturen auf der einen Seite und der alemannischsprachigen Kultur auf der anderen Seite hin. „Auch wenn das Tessin in bestimmten Fällen von der Romandie (der französischen Schweiz) abweichen mag, bestätigt sich das Bild einer lateinischen gegenüber einer alemannischen Schweiz immer wieder.“ Dabei ist die lateinische und historisch jüngere Schweiz stärker nach außen gerichtet und zeigt sich neuen Werten gegenüber offener.

Wohl sind die Schweizerinnen und Schweizer insgesamt immer noch *Regionalisten* und fühlen sich mehrheitlich dem kleinen Raum, der Gemeinde, der Region oder dem Kanton zugehörig; das ist im übrigen auch mit ein Grund für ihre Zurückhaltung gegenüber der Europäischen Gemeinschaft, wie sie heute ist. Die alemannische Schweiz indes weist eine stärkere Bindung zur Schweiz als Nation auf, während die lateinische Schweiz die Identifikation über die regionale und nationale Grenze hinaus, die in der durchschnittlichen Bevölkerung sekundär bleibt, leicht verstärkt; eine Abschwächung der nationalen Identifikation mit einer Verstärkung der Außenorientierung kann so geradezu als Muster der jungen Schweiz gelten. Bemerkenswert ist nun aber, daß in der alemannischen Schweiz gerade in den Milieus, die durch die Modernisierung der letzten Jahre geprägt sind, keine Annäherung an dieses Muster erfolgt ist.

Auffallend sind sodann die kulturabhängigen Unterschiede im Werturteil darüber, „wo die Schweiz heute steht, wohin die Entwicklungen führen werden, und wohin sie führen sollten“. Die deutschsprachigen Gebiete sind wachstumskritischer als die französisch- und italienischsprachigen Regionen, die die modernistische Tendenz verstärken. So vertrauen sie auch der wissenschaftlich-technischen Machbarkeit stärker als die deutschsprachigen Gebiete, die die Künstlichkeit des modernen Lebens eher befürchten und die Unantastbarkeit natürlicher Grenzen häufiger zum Zukunftswunsch machen. Die Ergebnisse der Kulturstudie zeigen insgesamt als „systematische Tendenz“, daß in den Gebieten der deutschen Schweiz die Zukunft skeptischer beurteilt wird. „Hier zweifelt man stärker an den positiven Seiten der Neuerung, der Machbarkeit, des Wachstums und der Entwicklung, das heißt an der Fortschreibung der modernen Zivilisation. In der jungen lateinischen Schweiz hingegen herrscht in bezug auf diese Werte geringere Skepsis und stärkere Euphorie.“

### „Der Wind der Geschichte“

Kulturelle Orientierungen an ihren Verhältnissen zur Moderne zu bestimmen, macht Sinn, wenn die Gegenwart und jüngste Vergangenheit als eine Zeit der beschleunigten Modernisierung verstanden wird, die sowohl zunehmende Standardisierung verlangt als auch mehr Individualisierung zuläßt. Um diese Zeit differenzierter wahrnehmen und besser verstehen zu können, haben im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms Historiker eine Ausstellung zur gesellschaftlichen Entwicklung der Schweiz seit 1943 geschaffen und dafür eine Periodisierung der Nachkriegszeit vorgeschlagen.

Diese lassen sie 1943 beginnen, weil in diesem Jahr eine heftige und kontroverse Diskussion um die Nachkriegsordnung eingesetzt hat. Diese erste Aufbruchphase ging 1948 in eine Phase beschleunigter Modernisierung bei politischer Stabilität über und dauerte bis 1964. Im Zusammenhang eines wirtschaftlichen Aufschwungs modernisierten sich wichtige Teile der Wirtschaft und einzelne Bereiche auch der Gesellschaft, allerdings ohne eine entsprechende Modernisierung im politischen Bereich: 1959 wurde das Frauenstimm- und -wahlrecht mit 67 % Nein-Stimmen abgelehnt, und im gleichen Jahr wurde auf Bundesebene die bis heute bestehende große Regierungskoalition, als freiwilliger Proporz „Zauberformel“ genannt, eingeführt.

Eine zweite Aufbruchphase lassen die Historiker 1964 beginnen und bis zum Erdölpreisschock von 1973 dauern, weil in dieses Jahr der sogenannte Mirage-Skandal fällt, die unerwartete und unzumutbare Kostenüberschreitung bei der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges für die Armee, die erstmals die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Folge hatte. Diese brachte strukturelle Schwächen von Verwaltung und Parlament zutage, so daß der Mirage-Skandal in der Folge zum Symbol für die Spannungen wurde, die sich

aus den zunehmenden Verzerrungen aus dem wirtschaftlichen Wachstum und den politisch trägen Haltungen und Institutionen ergeben. In dieser Phase wird, auch in Volksabstimmungen, eine Reihe von Reformvorhaben gutgeheißen, wie die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts 1971, der Beitritt zur EFTA, die Zustimmung zum Freihandelsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft (EG).

Der Erdölpreisschock im Gefolge des 4. Nahostkrieges 1973 mit dem anschließenden wirtschaftlichen Einbruch der Jahre 1974/1975 führte zu einem Abbruch mit nachfolgender neuer Stabilisierung. In dieser Phase wurde in Volksabstimmungen eine Reihe von Reforminitiativen verworfen, wie die Einführung der Mitbestimmung (1976), eines Zivildienstes (1977), der UNO-Beitritt (1986). Bereits das Jahr 1985 markiert für die Historiker indes den Beginn einer *neuen Aufbruchphase*, in der die Bereitschaft, die Probleme neu wahrzunehmen und neue Lösungen zu suchen, wieder zugenommen hat. Der mit 35,6 % Ja-Stimmen unerwartete Erfolg der Initiative zur Abschaffung der Armee am 26. November 1989, die unerfreulichen Vorkommnisse in der Bundesverwaltung: Hunderttausende von Karteikarten über verdächtige Personen und Organisationen bei der Bundesanwaltschaft, rechtlich unzulässige wie politisch fragwürdig gewordene Geheimorganisationen im Eidgenössischen Militärdepartement, die zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte zum Einsatz von Parlamentarischen Untersuchungskommissionen (PUK) geführt haben und die in der Folge nicht nur als Fehler einzelner Entscheidungsträger, sondern als Schwächen des Systems wahrgenommen wurden, brachten jedenfalls Bewegung in die Schweiz.

### Die Unsicherheiten der Gegenwart

Insgesamt ergibt sich aus dem für die Nachkriegszeit kennzeichnenden Wechsel von Bewegungs- und Stabilitätsphasen jedoch keine kontinuierliche Entwicklung. Aufgrund statistischer Zeitreihen kann diese Zeit durch einen deutlichen Bruch in den späten 60er und frühen 70er Jahren gekennzeichnet werden. In den Jahren nach dem Erdölpreisschock wächst das Bruttosozialprodukt eindeutig weniger stark als in der Zeit zuvor; der jährliche Zuwachs des Energieverbrauchs sinkt nach 1973 auf ein deutlich tieferes Niveau; das Bevölkerungswachstum verlangsamt sich wie die Geburtenrate und der Geburtenüberschuß seit Mitte der 60er Jahre und stabilisiert sich seit dem Ende der 70er Jahre auf einem ebenfalls tiefen Niveau.

So ist die von den Historikern des Nationalen Forschungsprogramms als Aufbruchphase charakterisierte Gegenwart eine Aufbruchphase in einem weniger bewegten Zeitabschnitt. Es gibt in dieser Phase wie in diesem Zeitabschnitt überhaupt sogar Anzeichen für eine Stabilität, die angesichts der gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen als *Stagnation* bezeichnet werden muß. Der vorherrschende schweizerische Pragmatismus

wie der freiwillige Proporz, das Konkordanzsystem, tragen zur Bedächtigkeit der politischen Meinungs- und Willensbildung wie zur Schwerfälligkeit der politischen Institutionen wesentlich bei. Der daraus resultierende „helvetische Kompromiß“ beinhaltet dann aber (zu) oft Problemlösungen, mit denen eine Mehrheit nicht ganz unzufrieden, aber auch keine Mehrheit ganz zufrieden sein kann.

Andererseits haben die oppositionellen Bewegungen in der schweizerischen Politik, die Protest- und Oppositionsströmungen auf dem linken wie auf dem rechten politischen Flügel, seit den 60er Jahren einen fundamentalistischen Einschlag, so daß sie eigene Gruppen und neue Parteien bilden mußten. Wohl konnten sie dann die Regierungsparteien dazu bringen, sich mit den von ihnen aufgebrauchten Themen oft mehr, als diesen lieb war, zu beschäftigen: von rechts kam namentlich die Ausländerpolitik und von links die Umweltpolitik auf die Tagesordnung. In ihrem Besitzstand jedoch waren sie nie gefährdet; während der ganzen Nachkriegszeit hielten sie einen um 80 % der Sitze schwankenden Anteil der Nationalratssitze, während die Opposition stets kleine Gruppen bildete: die Grüne Partei der Schweiz beispielsweise hält zurzeit 5,5 % der Sitze. Ob sich in den in diesem Herbst fälligen Nationalratswahlen wesentliche Verschiebungen ergeben werden, darf füglich bezweifelt werden, auch wenn, wie schon vor vier Jahren, von „Hoffnungswahlen“ die Rede ist. Diese Gruppenbildung hatte mit zur Folge, daß die politische Toleranz abgenommen hat, so daß es heute genügen kann, „Offizier und freisinnig zu sein, um von der ‚Linken‘ verschrien zu werden“ wie „die ‚Grünen‘ allmählich das von der ‚Rechten‘ so geliebte Feindbild vom Kommunisten zu ersetzen haben“ (Ulrich Im Hof).

Von Stagnation darf aber auch im Hinblick auf Fragen gesprochen werden, deren Lösung überfällig ist, deren vorgeschlagenen Lösungen namentlich in Volksabstimmungen bislang jedoch stets abgelehnt wurden, wie die Frage der *Militärdienstverweigerer*. Zugleich bringt die Gegenwart für die Schweiz eine nicht unvorhersehbar gewesene, aber von der Mehrheit der Bevölkerung nicht erwartete politische Herausforderung mit sich: die europäische Integration bzw. die Frage nach dem Ort der Schweiz im europäischen Einigungsprozeß. Eine denkbar gute Illustration dieses Sachverhaltes ist, daß das außenpolitische Hauptthema der Wochen vor dem Bundesfeiertag im Jubiläumsjahr die im Zusammenhang der EFTA geführten Verhandlungen mit der EG über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) waren.

Unabhängig von diesen Verhandlungen ist das Wort von der „Europafähigkeit“ aus dem politischen Diskurs wie aus dem wirtschaftlichen Planen nicht mehr wegzudenken. Von verschiedenen Seiten wurde aber bereits gemahnt, die Angleichung an EG-Normen nicht mit der an sich fälligen Erneuerung der nationalen Institutionen gleichzusetzen. „Die berechtigte Vorsorge für eine wahrscheinliche Entwicklung darf . . . nicht die Sicht auf das verstellen, was *auch ohne EG-Herausforderung* zu veran-

lassen ist . . . , weil die Schweiz von heute keinesfalls die Schweiz von morgen sein kann“ (Heinrich Oswald).

Über die „Schweiz morgen“ liegt nun aber auch der Bericht einer vom Bundesrat eingesetzten Expertenkommission vor, der eine breit angelegte demokratische Auseinandersetzung über Perspektiven und Gestaltungsmöglichkeiten einer schweizerischen Zukunft anregen soll. Die Grundausrichtung dieses Expertenberichtes wurde vom Bundesrat mit dem Auftrag vorgegeben, bei der Darstellung möglicher Szenarien die Lebensqualität besonders zu berücksichtigen. Auch in diesem Bericht wird im Bereich des Handlungsbedarfs sowohl eine *neue Auslandsorientierung* als auch eine *Erneuerung der politischen Strukturen* empfohlen. Die Schweiz müsse sich politisch, kulturell und wirtschaftlich gegenüber Europa öffnen und in einem demokratisch legitimierten Europa der Regionen eine aktive Rolle spielen. Eine Minderheit der Kommission steht einem EG-Beitritt wegen Bedenken gegen „unerwünschte soziale und ökologische Folgen der Liberalisierung“ skeptisch gegenüber; mit ähnlichen Bedenken sind im Zusammenhang bereits mit den EWR-Verhandlungen die großen schweizerischen Umweltschutzverbände an die Öffentlichkeit getreten. Andererseits brauche die zu stabile Schweiz eine Reform der politischen Strukturen; damit das System innovationsfreundlicher und handlungsfähiger werde, müßten das Verhältnis zwischen demokratischem Mehrheitsprinzip und föderalistischem Minderheitenschutz, die Verlagerung der direkt-demokratischen Einwirkungsmöglichkeiten auf die kantonale und kommunale Ebene und anderes mehr überprüft werden.

## Das Halljahr der Kirchen

Nicht im Zusammenhang der Europadiskussion, sondern des eidgenössischen Jubiläumsjahres hat die Kommission für soziale Fragen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes ihren Diskussionsbeitrag zu einem „Leitbild Schweiz“ aus sozioethischer Sicht erarbeitet, ihre 10 Thesen dann aber doch mit „Eine neue Schweiz in einem neuen Europa“ getitelt; denn der Schwerpunkt dieses Beitrages liegt auf den Problemen der Identität der Schweiz und insbesondere ihrer Stellung in Europa. Gegen das von Politikerinnen und vor allem Politikern rasch verwendete Schlagwort vom „Sonderfall Schweiz“ plädiert diese kirchliche Kommission für das Stichwort „Partnerin Schweiz“. Denn die Schweiz sei „ein ganz durchschnittliches, kleines europäisches Land. Als bescheidene Partnerin kann die neue Schweiz aber wertvolle Beiträge in die internationale Gemeinschaft einbringen: Ökologie, Ökumene, Föderalismus, eine Politik der Selbstbegrenzung, der Mitmenschlichkeit und der moralischen Integrität.“ Der Beitrag der Schweiz zu Europa ist in dieser Sicht, sich zunächst selbst zu erneuern und als „neue Schweiz“ einzustehen „für das Subsidiaritätsprinzip und für ausgeglichene, solidarische Regionen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Wenn der Weg in diese Richtung führen soll, setzt dies neue Ideen und Verfahren der

demokratischen Mitbestimmung an der Basis voraus, und zwar im politischen (Gemeinde), ökonomischen (Unternehmen und Wirtschaftsverbände), kulturellen (Vereine) und religiösen (Kirchengemeinden, Gemeinschaften) Bereich.“

Die Nationalkommission *Justitia et Pax*, deren Sekretär bei der Erarbeitung der evangelischen Thesen mitgewirkt hat, hat sich mit der Erklärung begnügt, die Schweiz bedürfe dringend neuer Leitbilder und Visionen, um das politische Zusammenleben im Lande selbst auf eine für die Zukunft fähige Grundlage zu stellen und seinen Platz in Europa und in der Welt neu zu bestimmen. Sie unterstütze deshalb die bevorstehende *Volksinitiative für eine Totalrevision der Bundesverfassung* und hoffe, diese Initiative führe dazu, „daß die Schweiz 1998, beim 150. Geburtstag des Bundesstaates, über eine neue Verfassung verfügt, welche den Anforderungen an ein staatliches Grundgesetz des dritten Jahrtausends gerecht wird“. Dazu gehört für die Kommission die Stärkung der Menschenrechte, für die sie stetig eingestanden ist, wie auch, verhältnismäßig neu, „die Bewahrung der Schöpfung“. Das Stichwort von der „Bewahrung der Schöpfung“ wurde von der Anregung der internationalen ökumenischen Bewegung zu einem „konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ übernommen. Nachdem der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) die Einladung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), gemeinsam eine „Nordkonferenz“ zum Thema „Frieden in Gerechtigkeit“ durchzuführen, angenommen hatte, setzte die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Schweiz nach einigen Widerständen Mitte 1988 für drei Jahre das „Schweizerische Ökumenische Komitee für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ mit einer Koordinationsstelle in Bern ein, um den so in Gang gekommenen Prozeß begleiten bzw. auch in der Schweiz in Gang setzen zu können. Nach der großen Aufmerksamkeit, die die Europäische Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ vom 15. bis 21. Mai 1989 in Basel gefunden hatte, konnte erwartet werden, daß für ihre Nacharbeit bzw. die Thematik von „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung (GFS)“ auch in der Schweiz ein größeres Interesse zu finden wäre.

Das Ökumenische Komitee schlug schon vor Basel vor, das Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft dem biblischen Vorbild des Halljahres gemäß zu feiern (3 Mose 25). Zur Eröffnung dieses Halljahres 1991 wurde am 24. November 1990 in Bern eine Botschaft verlesen, die zu einer „tiefgreifenden Neuorientierung“ aufruft und zu konkreten Schritten ermutigt. Während die großen Kirchen und ihre Hilfswerke Fastenopfer und Brot für Alle (früher: Brot für Brüder) Themen von Basel aufnahmen, scheint die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen selber damit eher Mühe zu haben. So luden die drei Landeskirchen – neben der römisch-katholischen und den evangelisch-reformierten die christkatholische – für den 13. bis 18. Januar 1991 Kirchen aus Industrienationen der nördli-

chen Hemisphäre zu einer ökumenischen Konsultation über „Die Rolle der Kirchen beim Schutz der Erdatmosphäre“ nach Gwatt ein. Eine analoge Konsultation, aber auf nationaler Ebene, wurde vom 30. Mai bis 1. Juni in Dulliken durchgeführt; als Thema war ihr die Frage aufgegeben: „Wie begegnen wir der Gefahr klimatischer Veränderungen?“

Mitten im Halljahr verzichtete jedoch die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen darauf, das Mandat ihres Komitees für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung zu verlängern. Eine Ad-hoc-Gruppe begleitet das Halljahr noch zu Ende, und auch die Koordinationsstelle arbeitet noch bis Ende des Jahres, muß aber die erforderlichen finanziellen Mittel selber beschaffen. Die Kirchenleitungen und die größeren Werke und Organisationen, die in den Bereichen von Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung tätig sind, möchten eine Fortführung der vom Komitee und von der Koordinationsstelle geleisteten Arbeit; die dafür erforderliche Struktur und ihre Finanzierung sind aber völlig offen.

### „Konfession: Protestatholisch“

Während sich die Vorsteher der christlichen Kirchen mit ihren unterschiedlichen Kompetenz- und Finanzstrukturen schwertun, nehmen im Kirchenvolk die Kirchenbindung und das Verständnis für konfessionelle Unterschiede ab, *gleichen sich die konfessionellen Kulturen* an und reichern sich synkretistisch an, wie die veröffentlichten Teilergebnisse der Teilstudie „Konfessionelle Pluralität, diffuse Religiosität, kulturelle Identität in der Schweiz“ des Nationalen Forschungsprogramms belegen; das „Reformierte Forum“ titelte eine solche Vorveröffentlichung denn auch mit gutem Grund: „Konfession: Protestatholisch“. So sind 91 % der Protestanten und 81 % der Katholiken der Meinung, auch ohne die Kirche an Gott glauben zu können; 79 % der Protestanten und 70 % der Katholiken sind der Meinung, man müsse nicht an den Veranstaltungen der Kirche teilnehmen, um Mitglied zu sein. Unterschiede zwischen den Konfessionen nehmen 34 % der Protestanten bzw. 49 % der protestantischen Sonntagskirchgänger und 25 % der Katholiken bzw. 39 % der katholischen Sonntagskirchgänger wahr. Entsprechend halten 10 % der Protestanten und nur 5 % der Katholiken ihre Kirche für die einzig wahre. Die christlichen Konfessionen für grundsätzlich gleichwertig halten 21 % der über 65jährigen und 51 % der unter 20jährigen.

Insgesamt ließen sich die Protestanten und die Katholiken kaum als klar unterscheidbare soziale Gruppen beschreiben. Unterscheidbar seien vielmehr innerhalb der beiden Konfessionen die mehr von den weniger kirchengebundenen sowie die Konfessionszugehörigen von der Gruppe der Konfessionslosen. Die Stärke der kirchlichen Verankerung im allgemeinen erweise sich als mit zahlreichen Wert- und Einstellungsmerkmalen eng verknüpft, ob im katholischen oder protestantischen Bereich, scheine dabei von eher sekundärer Bedeutung. Eine Sonderstichprobe im Kanton Zürich verdeutlichte zudem die *synkretistische*

*Anreicherung* bzw. die Vielfalt der religiösen Orientierungen zwischen exklusiver Christlichkeit und diffuser Religiosität in einer sich mehrheitlich als christlich bezeichnenden Bevölkerung. Aufgrund einer systematisierenden Zuordnung von Zustimmungen der befragten 81 % christlichen und 11 % konfessionslosen Frauen und Männer zu Glaubenssätzen ergab sich die Verteilung: 19 % exklusive Christinnen und Christen, 19 % allgemein Religiöse, 28 % Humanistinnen und Humanisten mit religiöser Gottesvorstellung, 17 % Humanistinnen und Humanisten ohne Religionsbedarf, 17 % Neu-Religiöse. So ist auch im Kanton Zürich nicht eine Säkularisierung, sondern eine *Individualisierung und Pluralisierung* des Christentums bzw. von Religion zu beobachten. Auf diesem Hintergrund versteht es sich auch besser, weshalb ein Teil der auf klare konfessionelle Identität bedach-

ten Christen und Christinnen zu einer neuen Betonung oder auch Überbetonung des traditionell Konfessionsspezifischen neigt. So ist im protestantischen Raum ein Erstarken des *evangelikalen Flügels* zu beobachten, während sich im katholischen Raum der Rechtskatholizismus neu formuliert und formiert und dabei Züge annimmt, die in Analogie zum protestantischen Phänomen als „*katholikal*“ bezeichnet werden könnten. Fatal ist, daß sich dieser „*katholikale*“ Flügel um Bischof *Wolfgang Haas* zu scharen begonnen hat und die Situation im Bistum Chur und darüber hinaus zusätzlich erschwert und mit ihm die tatsächliche Ambivalenz der religiösen Situation mehr verdeckt als über sie aufklärt und so zu einer Neuorientierung beiträgt, deren nicht nur die Kirche in der Schweiz, sondern die ganze Gesellschaft bedürfte.

Rolf Weibel

## Polnische Befindlichkeiten

### Gesellschaftliche Entwicklungen und die Rolle der Kirche

*Nach dem Willen Johannes Pauls II. soll sein Heimatland Polen Vorbild und Speerspitze für eine neue Verbindung von Christentum, Staat und Kultur sein, die westeuropäische Dekadenz und Wertunsicherheit vermeidet. Seine Äußerungen während der zehntägigen Polenreise von Anfang Juni (vgl. HK, Juli 1991, 300 f.) ließen daran keinen Zweifel. Das tatsächliche Bild von Gesellschaft und Kirche in Polen gibt den Hoffnungen auf eine erfolgreiche Neuevangelisierung aber wenig Nahrung: Die Kirche leidet unter der Diskrepanz zwischen ihrem moralischen Anspruch und einer eher unbeweglichen Pastoral; ihre Einflußmöglichkeiten in der neuen politischen Konstellation sind größer als ihr Ansehen in der Bevölkerung. Es spricht vieles dafür, daß auch in Polen der westeuropäische Trend der gesellschaftlichen Säkularisierung an Boden gewinnt.*

Kürzlich beschrieb der polnische Philosoph *Leszek Kołakowski* einen schweren „nachrevolutionären Kater“, der über die Länder Europas gekommen sei, die den Realsozialismus hinter sich gelassen haben und in den Kreis der Demokratien eingetreten sind. Nicht wenige Menschen scheinen dem vergangenen System schon nachzutauern. Bot es auch nicht viel, so wußte man doch wenigstens, woran man war. Wie ernst Wandmalereien in Polen mit dem Aufruf: „Komm zurück, Kommune!“ (*Komuno, wróć!*), von denen gemeint sind, die sie angebracht haben, läßt sich schwer nachprüfen.

Überprüfbar sind jedoch die zunehmende Verunsicherung und Unzufriedenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung angesichts der bisherigen Ergebnisse der politischen Reformen sowie der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die mit dem Namen des Vizepremier *Leszek Balcerowicz* verbunden wird. Nach zwei Jahren neuer Ordnung wissen

die Polen genau, was sie verloren haben. Bis auf weiteres haben sie aber keine Gewißheit darüber, was schließlich auf der Haben-Seite stehen wird. Zwar ist die Versorgungslage besser als jemals zuvor in den vergangenen 45 Jahren, aber die Preise für Waren, Energie, Rohstoffe und Dienstleistungen steigen weitaus schneller und höher als die Löhne. Die Lage nicht nur der öffentlichen, sondern auch der privaten Haushalte ist überaus angespannt.

### Gefahren für die Demokratie

Der Verlauf der friedlichen Revolution seit 1989 ließ schnell die Schlagworte vergessen machen, die sie auf ihren Fahnen trug. Es folgte der Zusammenstoß der Vorstellungen und Wünsche mit der rauen Wirklichkeit. In einem Beitrag für den „*Tygodnik Powszechny*“ (Nr. 19/12. 5. 1991) beschrieb der liberal-konservative Publizist *Marcin Król* vor diesem Hintergrund drei Gefahren für die polnische Demokratie. Als erstes nennt er die *Anti-Solidarność-Tendenz*: Parteien und Gruppierungen gewinnen an Sympathien, deren Programme und Losungen in Opposition zur neuen politischen Elite entwickelt werden – einer Elite, die aus der „*Solidarność*“ hervorgegangen ist und sich heute hauptsächlich auf drei Strömungen verteilt: die Zentrumspartei der beim Präsidenten einflußreichen Brüder *Kaczyński*, die Demokratische Union des ehemaligen Premiers *Mazowiecki* und die Liberalen um dessen Nachfolger *Bielecki*. Zugleich geht aus den Umfragen dieses Frühjahrs hervor, daß alle Institutionen an Ansehen verlieren, einschließlich der katholischen Kirche.

Zwar warnt *Król* vor einer Überschätzung des *Tymiński*-Phänomens (vgl. HK, Februar 1991, 69 ff.), aber er sieht ein Problem im Zusammenhang mit moralisierender Poli-